

## **Der Umgang des Staates mit oppositionellem und widerständigem Verhalten. Die Opposition von Intellektuellen in der SED/DDR in den fünfziger Jahren (insbesondere 1953, 1956/57), ihre Unterdrückung und Ausschaltung**

1. Vorbemerkung statt einer Einleitung
2. Die Juni-Ereignisse 1953 – Anfänge kritischen Denkens bei einem Teil der DDR-Intellektuellen und ihre Reformforderungen
3. Die Opposition von Intellektuellen nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 und ihre Unterdrückung und Ausschaltung
4. Ausgewählte Literaturhinweise
5. Zusammenfassung

### *1. Vorbemerkung statt einer Einleitung*

Der Austausch der Konzeptionen für die Expertisen hat ergeben, daß es eine ganze Reihe von Überschneidungen gibt. So werden historische Abläufe, die ich als Einleitung kurz behandeln wollte, u. a. in den Beiträgen von Günter Buchstab und Siegfried Suckut ausführlicher behandelt. Deshalb verzichte ich auf die vorgesehene Einleitung zugunsten des Hauptteils.

Unvermeidliche Überschneidungen wird es mit der Expertise von Wilfriede Otto geben. Dabei gehe ich davon aus, daß beide Expertisen sich auch ergänzen werden, zumal ich für die Jahre 1953–1957 durch meine Teilnahme und Verurteilung im Ost-Berliner Kreis der damaligen Opponenten um Wolfgang Harich auch Zeitzeuge bin.

Die Expertise konzentriert sich auf zwei Abschnitte, wobei der zweite den Hauptteil bildet:

1. Skizzierung der ersten größeren Ansätze oppositioneller Reformforderungen im Jahre 1953 von meist der SED angehörenden Intellektuellen, die zunächst weiter nichts wollten, als mehr Freiheit und Unabhängigkeit für ihre Arbeit.
2. Der umfangreiche zweite Abschnitt der Expertise beschäftigt sich mit der Darstellung und Dokumentation der Rebellion zahlreicher Intellektueller,

die sich vor allem innerhalb der SED nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956/57 in der DDR entwickelt hatte. Dabei handelte es sich größtenteils um Anhänger eines demokratischen oder sozialdemokratischen Sozialismus oder um Anhänger eines sogenannten dritten Weges (was immer man damals darunter verstehen mochte), die im Gegensatz zur Politik der SED-Führung standen. Auch die Frage der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands spielte eine Rolle. Durch Verhaftungen, Schau- und Geheimprozesse wurden diese intellektuelle Opposition mundtot gemacht.

## 2. *Die Juni-Ereignisse 1953 – Anfänge kritischen Denkens bei einem Teil der DDR-Intellektuellen und ihre Reformforderungen*

Am 23. und 24. Mai 1953 erschienen im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ – noch unter der Chefredaktion von Rudolf Herrnstadt, der kurze Zeit später zusammen mit dem damaligen Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser aus der SED ausgeschlossen wurde – zur Politik gegenüber der Intelligenz zwei Artikel, in denen die folgenden Sätze zu lesen waren: „In wachsendem Umfang erreichen uns in letzter Zeit Zuschriften und Berichte aus den verschiedensten Teilen der Republik, die in ziemlich gleichlautender Weise davon Zeugnis geben, daß von staatlichen Organisationen und anderen Institutionen ernsthafte Fehler gegenüber den Vertretern der Intelligenz begangen werden. Wir halten diese Beschwerden für berechtigt, und es ist selbstverständlich, daß ein energischer Kampf zur Änderung dieser Verhältnisse geführt werden muß. Wir brauchen weniger Ungeduld in der Arbeit mit der Intelligenz und mehr kameradschaftliche Zusammenarbeit mit ihr.“

Diese selbstkritischen Äußerungen waren die Folge einer Entspannungspolitik, die von Moskau kurz nach Stalins Tod ausging. Die SED mußte sie im Mai und Juni 1953 als „Neuen Kurs“ verkünden, das heißt auf eine gemäßigtere Politik umschalten. Ulbricht tat dies nur widerwillig und provozierte mit seiner Unnachgiebigkeit bei der administrativen Erhöhung der Arbeitsnormen die Rebellion großer Teile der Arbeiterschaft, die ihren Höhepunkt am 16. Juni hatte.

Aber damals begann in den ersten Anfängen noch eine andere, nicht minder wichtige Opposition gegen die Partei- und Staatsführung der DDR, die sich seitdem permanent, mal stärker, mal schwächer, durch die Geschichte des SED-Staates zog: die Opposition eines Teiles der Intellektuellen. Die Art und Weise, wie kommunistische Führer gegen demonstrierende Arbeiter vorgegangen waren, machte mit einem Schlage die tiefe Kluft deutlich, die im SED-Staat zwischen der in ihrem Wesen humanistischen Theorie des Sozialismus und der politischen Wirklichkeit bestand. Intellektuelle, die glaub-